

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/ALX/92

Bonn, den 15. Mai 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Strategie in die Zukunft

83

Willy Brandt in den USA

Jesco von Puttkamer berichtet aus New York

3 - 4

"Nicht über die eigenen Füße stolpern!"

72

Bürgermeister Heinrich Albertz zur Berlin-Situation

5 - 6

Keine Schmähchriften in Kirchen!

74

Das schlechte Beispiel der "neue bildpost"

Von Staatssekretär a.D. Karl Weishäupl,

Mitglied des Bayerischen Landtages

6

Im Dienst des Volkes

25

Zur Lateinamerika-Reise des Bundespräsidenten

*

*

*

Strategie in die Zukunft

Willy Brandt in den USA

Jesco von Puttkamer berichtet aus New York

Willy Brandt besucht zur Zeit die Vereinigten Staaten. Es ist das erste Mal, daß er hier nicht nur als Regierender Bürgermeister von Berlin, sondern auch als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands empfangen wird. Das Programm seines Besuches sieht eine Reihe wichtiger politischer Gespräche vor, deren Höhepunkt die Begegnung mit Präsident Johnson am kommenden Pfingstmontag sein wird.

* * *

Es steht außer Frage, daß die interessierten politischen Kreise Amerikas diesmal die Reden Willy Brandts mit besonderer Aufmerksamkeit registrieren, denn sie sehen in ihnen die ersten offiziellen Erklärungen, die er nach seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden in den Vereinigten Staaten abgibt. Willy Brandt hat dieser Einschätzung der Situation mit seiner am Freitag in New York vor der Gesellschaft für Außenpolitik gehaltenen Rede Rechnung getragen. Es war eine programmatische Rede, die sicherlich in der Bundesrepublik ihr Echo finden wird.

- * Willy Brandt sagte: "Meiner Meinung nach ist es weder sinn-
- * voll noch gerecht, General de Gaulle für a l l e Schwier-
- * rigkeiten verantwortlich zu machen, denen wir innerhalb des
- * Westens gegenüberstehen. Manche Entscheidungen des französi-
- * schen Staatspräsidenten sind nicht leicht zu verstehen, aber
- * ich bin nicht in die Vereinigten Staaten gekommen, um mich
- * hier über ihn zu beklagen. Wir haben vielmehr Grund, uns der
- * Tatsache bewußt zu werden, daß de Gaulle mit Kühnheit und
- * Eigenwilligkeit auf s e i n e Weise das Udenkbare denkt
- * und begonnen hat, daraus Folgerungen zu ziehen. Das Gleichge-
- * wicht des Schreckens, ausbalanciert von den beiden Supermäch-
- * ten, gibt einen Spielraum, die starren Fronten in Bewegung
- * zu setzen. Der französische Präsident macht hiervon auf
- * s e i n e Weise Gebrauch. Manchmal frage ich mich als Deut-
- * scher, warum eigentlich nur er? Wenn wir Brücken von der
- * Vergangenheit in die Zukunft schlagen, brauchen wir ja nicht
- * notwendigerweise die Gegenwart aus den Augen zu verlieren.
- * Wir Europäer sollten aufhören, uns in den USA auszuweinen.
- * Wir sollten offen und selbstbewußt über die Gefahren sprechen,
- * die uns gemeinsam angehen. Ein überspitzter Nationalismus
- * ist eine solche Gefahr, er würde katastrophale Folgen haben."

* * *

Das "Udenkbare denken" ist eine Forderung, die in Amerika ein positives Echo findet. Man wirft gerade der Bundesrepublik vor, daß sie nicht bereit sei, einen Schritt in diese Richtung zu tun. Um so lohnhafter wird es begrüßt, daß der SPD-Vorsitzende diese Forderung

hier ausspricht, zugleich aber auch sagt, was neu zu überdenken ist. Willy Brandt geht hierbei von der Feststellung aus, daß die europäische Integration zur Zeit nicht zu erreichen sei. Frankreich wolle sie nicht, und auch England wünsche sie nicht. Aber, so entwickelt Brandt weiter, das sei kein Grund zur Resignation. Wörtlich erklärte er dann:

- * "Die Strategie, die uns in die Zukunft führt, unterscheidet
- * zwischen der militärischen Sicherheit und der friedlichen
- * Zusammenarbeit. Es gibt nur eine unteilbare Sicherheit für
- * die atlantische Gemeinschaft, aber es gibt verschiedene For-
- * men und verschiedene Grade der wirtschaftlichen, auch der
- * kulturellen Kooperation. Sicherheit für die freien Völker
- * Europas gibt es auch künftig nur in der atlantischen Partner-
- * schaft mit den Vereinigten Staaten. Wirtschaftliche und kul-
- * turelle Zusammenarbeit sind jedoch Mittel, die über den eiser-
- * nen Vorhang hinausgreifen und ein Europa ins Auge fassen, zu
- * dem auch die Menschen auf der anderen Seite gehören wollen,
- * denn sie haben nicht vergessen, daß sie Europäer sind."

In diesen Worten liegt eine Konzeption, die von Brandts Zuhörern in New York, unter ihnen General Clay und John McCloy, als eine neue Konzeption gewertet worden ist. Profiziert auf die politische Situation in der Bundesrepublik kann man sagen, daß Willy Brandt mit seiner New Yorker Rede eine aussenpolitische Alternative formuliert hat; freilich ist das keine Alternative zu einer aussenpolitischen Konzeption der Regierung.

Eine solche Konzeption ist im Augenblick nicht erkennbar, und nicht nur die Amerikaner fragen immer wieder nach ihr. Sie ist aber eine klare Alternative zu der Politik des "status quo" und des "al-ics oder nichts", wie sie von starken Kräften im Regierungslager gefordert und auch getrieben wird.

Willy Brandt hat hier seine Visitenkarte als Vorsitzender der SPD abgegeben. Wie schon in der "Ära Kennedy", so gilt auch in der "Ära Johnson" die deutsche Sozialdemokratie als ein wichtiger Faktor der deutschen Politik und als potentieller Partner auf Regierungsebene.

Inmitten der derzeitigen Krise in der westlichen Welt gibt es unter den fortschrittlichen Kräften aller demokratischen Staaten seit Kennedy eine Verwandtschaft in grundsätzlichen. Sie drückt sich in Willy Brandts Schlußwort aus: "Wir alle, jeder an seinem Platz, brauchen Festigkeit in unseren Grundsätzen. Aber wir brauchen auch Mut und Kühnheit und Einfallsreichtum in einer sich rasch wandelnden Welt."

"Nicht über die eigenen Füße stolpern !"

Bürgermeister Heinrich Albertz zur Berlin-Situation

* Anlässlich der Einweihung des neuen DGB-Hauses in Berlin am *
* 5. Mai 1964 hat Bürgermeister Heinrich Al b e r t z eine *
* Ansprache gehalten, die in der Bundesrepublik leider wenig *
* bekanntgeworden ist. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung *
* der in dieser Rede enthaltenen Hinweise auf die Situation *
* in Berlin veröffentlichen wir nachstehend die une wichtig *
* erscheinenden Abschnitte dieser Rede. - Die Redaktion *

"In Berlin wurde der Kommunismus entzaubert"

"In Berlin ist der Kommunismus ideologisch und politisch entzaubert worden. Die Mauer ist seine Grenze. Sie wirft den stärksten Schatten auf unser Leben. Wir haben uns in einer unauflöslichen Spannung zu behaupten. Wir sind keine Festung, die es zu entsetzen gilt. Berlin ist vielmehr der Punkt, in dem sich wie in einer Linse die deutsche Frage in all ihren Bezügen kristallisiert. Jede Veränderung im Koordinatensystem der internationalen Politik, und sei sie nur atmosphärisch, spiegelt sich hier wider.

Diese Veränderungen vollziehen sich gegenwärtig international mehr an der Peripherie, suchen Fragen der Rüstung und Abrüstung zu lokalisieren, betreffen die Formen der Zusammenarbeit der Alliierten, finden ihren Niederschlag in dem unterschiedlichen Weg der nichtgebundenen Staaten. Wir registrieren die Auswirkungen dieser Entwicklungen aber auch an den Berührungsflecken der Einflusssphären der großen Mächte in Deutschland und Berlin. Wenngleich leider wenig dafür spricht, daß es im westlichen Lager wegen der englischen und amerikanischen Wahlen und denen in der Bundesrepublik zu einer größeren Initiative in der deutschen Frage kommt, so sollten wir doch aufmerksam alle Anzeichen von Veränderungen im Vorfeld im Auge behalten.

Die akute Gefahr dürfte nicht die einer Entwicklung zu einer großen Konfrontation der Mächte nach dem Beispiel Kuba sein. Beide Seiten stellen sich vielmehr auf eine langwierige Auseinandersetzung um Deutschland und Berlin ein und sind bestrebt, Zuspitzungen und lokale Konflikte zu vermeiden.

"Im Interesse der Menschen"

Auch die sowjetische Besatzungszone muß sich, wie die Vorgänge der letzten Zeit zeigen, in diesen Trend der Politik einpassen. Für den weiteren Verlauf der Entwicklung hängt viel davon ab, ob wir es verstehen, im Interesse der Menschen im anderen Teil Deutschlands und zur Stärkung unserer eigenen Position alle damit verbundenen Chancen und Möglichkeiten aktiv wahrzunehmen. Wir müssen uns auf eine Periode der harten, zähen und ideenreichen Auseinandersetzung mit den Kommunisten einstellen.

"Es gibt keine Pause"

Sie muß offensiv geführt werden, denn in der Tat: in der ideologischen Auseinandersetzung mit den Kommunisten gibt es keine Pause. Offensive Auseinandersetzung heißt aber nicht, nur Prinzipien zu pro-

klaunieren und alles übrige der Polizei und dem Staatsanwalt zu überlassen. Mit einer "Heiligen Allianz" nach dem Vorbild des Fürsten Metternich kann man mit denjenigen, die sich für die Nachfahren des Bundes der Kommunisten halten, nicht Schach spielen, noch ihnen Schach bieten.

Ich habe zuweilen den Eindruck, daß manche unserer alliierten Freunde etwas erstaunt den Vorgang beobachten, wie meisterhaft wir Deutschen es in den uns selbst betreffenden Fragen verstehen, über die eigenen Füße zu stolpern.

"Treffte Deutschland in Berlin"

Wir haben alle während der Weihnachtswoche erlebt, wie sehr unter der Decke unserer Wohlstandsgesellschaft noch die Wirklichkeit der Zeit unmittelbar nach 1945 als glühende Lava lebt. Hier brach eruptiv etwas auf, was wir in unserem Alltag weiterhin sichtbar werden lassen müssen.

Die Berliner hatten zu Weihnachten gespürt, daß es uns seit langer Zeit erstmals wieder mit politischen Mitteln gelungen war, durch Mauer und Stacheldraht der Menschlichkeit eine Gasse zu ebnen. Sie haben in diesen Wochen die Einheit dieser Stadt in der großen Begegnung der Deutschen wiederhergestellt. Das war politisch wichtiger als Tonnen gedruckten Materials, gedrechselter Resolutionen, mahrender Beschwörungen und lauter Anklagen.

Es gilt, diese Erfahrungen unseres Lebens in dieser Stadt den Bürgern in der übrigen Bundesrepublik zu vermitteln. Wir müssen sie einbeziehen in diese Atmosphäre der gesamtdeutschen Wirklichkeit. Wir haben die Deutschen aus der übrigen Bundesrepublik noch mehr als bisher darum zu bitten, die für sie bestehenden legalen Möglichkeiten des Besuchs in anderen Teil der Stadt auch selbstverständlich und immer wieder wahrzunehmen.

"Treffte Deutschland in Berlin", das ist unsere Aufforderung nicht nur an hohen christlichen oder anderen Feiertagen. Wir müssen lernen, das Selbstverständliche zu tun, ohne laut und eitel darüber zu reden."

15. Mai 1964

Keine Schmähchriften in Kirchen !

Das schlechte Beispiel der "neue bildpost"

Von Staatssekretär a.D. Karl Weishäupl,

Mitglied des Bayerischen Landtages

"Die Konzentration der Vermögen auf der einen Seite entspricht auf der anderen der Vermögenslosigkeit breiter Massen - der Barlohn bietet besonders Familien mit einem Ernährer nicht die Möglichkeit, etwas auf die Seite zu legen - neben der Sparwilligkeit muß auch die Sparfähigkeit erhöht werden."

Diese Feststellungen traf am Vorabend des 1. Mai 1964 der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Dr. Julius Döpfner. Mit Recht hat der Kardinal darauf hingewiesen, daß die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand seit Jahrhunderten eine Forderung der Päpste in ihren Sozialzyklen ist. Jeder fortschrittlich denkende Mensch freut sich darüber, daß diese uns notwendig erscheinende Kritik an den gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Verhältnissen von so hoher kirchlicher Warte bestätigt wird.

Große Beachtung verdienen auch die Äußerungen, die Kardinal Döpfner über die politischen Parteien machte. "Keine der Parteien ist eine Kirchenpartei, keine ist im Auftrag der Kirche ins Leben gerufen und könne und wolle im Namen der Kirche sprechen." An die SPD gewandt, äußerte Kardinal Döpfner: "Der demokratische Sozialismus in der Bundesrepublik sucht mit der Kirche in Verbindung zu kommen, und im Godesberger Programm ist zweifellos begonnen worden, eine Brücke über den Abgrund zu bauen, der Kirche und Sozialismus seit je getrennt hat."

Wir freuen uns darüber, daß der Kardinal damit den guten Willen der SPD ausdrücklich anerkennt. Wenn der Kardinal dann hinzufügte; "daß nach reiflicher Überlegung über gesagt werden müsse, die Brücke sei nicht befahrbar, der Abgrund ist zur Stunde nicht geschlossen", so tun wir gewiß gut daran, dieses Wort ernst zu nehmen und redlich zu prüfen, was getan werden kann, um das Trennende zu überwinden.

Ohne Zweifel bemühte sich Johannes XXIII, und spürbar bemüht sich in seiner Nachfolge auch Paul VI, Brücken über den spezifisch katholischen Raum hinaus - nicht nur zu anderen christlichen Konfessionen - sondern zu allen, die guten Willens sind, zu schlagen. Pontifex besagt ja nichts anderes als "Brückenbauer". Leider aber müssen wir feststellen, daß sich so manches, was sich hierzulande abspielt, schwer mit diesem Brückenschlag vereinbaren läßt.

In den Bücherständen mancher katholischen Kirche liegt neben religiöser Literatur, die der Besinnung auf die christlichen Wahrheiten dient, zum Beispiel die "neue bildpost" auf. In der Ausgabe vom 3. Mai 1964 finden sich neben einem Aufruf für den "Rosenkranz-Sühnekreuzfeldzug" und einem Bericht "Wieder Deutsche in Lourdes geheilt" und anderen religiösen Berichten zwei Aufsätze, die unseres Erachtens nicht in den sakralen Raum gehören.

In einem Artikel "Erich Mende auch zum Papst?" wird in polemischer, ja gehässiger Weise behauptet, die SPD habe aus dem Papstbesuch Erlers - entgegen anfänglichen Versprechungen - nun doch Wahlkampfkapital geschlagen, ohne daß hierfür auch nur eine Spur eines Beweises angetreten wird. Die Bemerkung, daß für diese einer SPD-Delegation gewährte Papstaudiens der Umstand ausgenutzt worden sei, daß der Bruder des Papstes im Straßburger Europa-Parlament Banknachbar eines SPD-Abgeordneten ist und daß dies "sehr nach Geheimbündelei rieche" und daß es auch "in Rom selbst nicht weniger verschwörerisch zugegangen sei", erscheint uns - gelinde gesagt - deplaziert.

Wir können nicht glauben, daß eine überragende Persönlichkeit wie Papst Paul VI., die Frage, welche seiner Söhne und Töchter in der weiten Welt er empfängt, von Zufällen abhängig macht. Wir empfinden es tief bedauerlich und niveaulos, daß ausgerechnet in einem sich als katholisches Kampfblatt gebenden Organ, das in zahlreichen Kirchen aufliegt, der Heilige Vater der "Geheimbündelei" bezichtigt und der Beteiligung an einer "Verschwörung" oder als Opfer einer solchen hingestellt wird.

In einem weiteren Aufsatz "Strauß wieder an Deck" werden die außenpolitischen Vorstellungen des CDU-Landesvorsitzenden Strauß als der Bundesrepublik besser zu Gesicht stehend, ungeschränkt bejaht, hingegen wird die Außenpolitik des amtierenden Bundesaußenministers Schröder als "klassisches Schröder-make-up" abgetan. Ein evangelischer Pfarrer wird abgekanzelt, weil er es in einer CDU-internen Tagung gewagt hat, an Strauß Kritik zu üben. Dieser auch noch namentlich genannte Geistliche wird in der "neue bildpost" einer pharisäischen und unverständlichen Haltung bezichtigt. Wir wagen zu bezweifeln, ob das christliche Art ist?

Das Verhältnis zwischen Kirche und demokratischem Sozialismus wird nicht erleichtert, sondern erschwert, wenn ein Organ, das sich derart polemischer Methoden bedient, innerhalb unserer Kirche verbreitet wird. Das Recht der Zeitung, ihre Meinung - auch über den Papstbesuch von Sozialdemokraten zu sagen - wird dabei nicht bestritten.

+ + +

In Dienst des Volkes

Zur Lateinamerikareise des Bundespräsidenten

sp - Um viele Erfahrungen bereichert kehrt Bundespräsident Lübke von seiner strapaziösen Reise zurück. Sie hat ihn in die fünf wichtigsten Länder Lateinamerikas geführt und ihn mit den Problemen dieses sich in stürmischer Entwicklung befindenden Subkontinents vertraut gemacht. Dem höchsten Repräsentanten des deutschen Volkes wurde überall ein feierlicher Empfang zuteil, er galt der Persönlichkeit wie auch der Sache, die der Bundespräsident vertrat. Lübke verstand es, die Sympathie und die Herzen für sich zu gewinnen, er vertiefte alte Freundschaften und gewann neue hinzu. Unsere gespaltenes, gegen seinen Willen zerrissenes Volk braucht Freunde, wie es umgekehrt auch Verständnis für die Nöte anderer Völker aufbringen muß. In Lateinamerika steht der Kampf gegen Hunger, Elend und Krankheiten als erster Punkt auf der Tagesordnung; sein Ausgang geht uns alle an. Der Bundespräsident weiß die Bedeutung der Entwicklungshilfe wohl zu schätzen, sie nimmt in seinem Weltbild einen zentralen Rang ein. Die Möglichkeiten der Bundesrepublik sind gewiß begrenzt, aber sie zur vollen Wirksamkeit zu bringen, liegt im wohlverstandenen Interesse der deutschen Politik. Lateinamerika nimmt in den Vorjahren Nationen an Gewicht zu, seine Entscheidungen bleiben nicht ohne Einfluß auf das Ost-Westverhältnis. Lübke brachte in seiner Dreiwochenreise die Stimme des freien Deutschland zu Gehör, eines Deutschland, das sich mit den Bestrebungen Lateinamerikas, Armut und Rückständigkeit zu überwinden, besondere verbunden fühlt. Das Auftreten dieses redlichen, Überzeugung ausstrahlenden Mannes war für uns alle ein Gewinn; es förderte das Verständnis für die deutsche Sache in diesem so wichtigen Teil der Welt.

+ + +